

**Evelyne Gebhardt**

Mitglied des Europäischen Parlaments

**EUROPA AKTUELL**

Nr. 8/2014, 11. September 2014

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

„Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, lautet ein häufig angeführtes Prinzip. Ein sinnvolles Prinzip. „Zögerlichkeit statt Entschlossenheit“ scheint dagegen der fatale Leitsatz der EU-Mitgliedstaaten in der Europapolitik zu sein. Jüngstes Beispiel: die Benennung der Kandidaten und Kandidatinnen für die Europäische Kommission, die sich quälend lange hinzog. Die Regierungen waren offenbar schlecht vorbereitet. Gerade so, als ob diese Frage urplötzlich auf die politische Agenda getreten wäre!

Noch schlimmer: Kaum eine Regierung schickte eine Frau für einen der Kommissionsposten ins Rennen. Erst auf maßgeblichen Druck des Europäischen Parlaments hin und mit Unterstützung des bereits gewählten Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker kommen wir auf gerade einmal neun Frauen. Ein Armutszeugnis für die europäischen Regierungen!

Ein Armutszeugnis, das symptomatisch ist. Ob es um wichtige Personalentscheidungen, um Themen wie Gleichstellung und Klimaschutz oder um zentrale Herausforderungen wie eine bessere Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik geht: Die Bremser kommen fast immer aus den Reihen der Staats- und Regierungschefs. Veränderung und Fortschritt werden blockiert, nicht die Besten und Stärksten werden vorgeschlagen - aus innenpolitischem Kalkül oder schlicht aus Engstirnigkeit.

Das Europäische Parlament hält dagegen. Dass wir die Hinterzimmerkungelei bei der Besetzung des Amtes des Präsidenten der Europäischen Kommission trotz des erbitterten Widerstands einiger Regierungschefs überwinden konnten, war ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Demokratie und zu mehr Europa. Dies ist Verpflichtung für die Zukunft. Wir werden diesen Weg weitergehen. Mehr gemeinsames europäisches Handeln tut Not – sei es in der Außen- und Sicherheitspolitik oder der Flüchtlingspolitik. Das sollten endlich auch Merkel und Co. erkennen!

Ihre

**Udo Bullmann: „Junckers Kommissionsvorschlag wirft Fragen auf“**

Die Europäische Kommission soll umgebaut werden. Der gewählte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am Mittwoch seine Pläne für eine neue Aufgabenverteilung der designierten EU-Kommissare vorgestellt.

„Mit einigen seiner Kommissionsanwärter sendet Juncker äußerst frag-

würdige wirtschaftspolitische Signale“, so Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. „Auf Vorschlag der britischen Regierung Jonathan Hill als Finanzstabilitätskommissar zu benennen, ist eine nicht nachvollziehbare Entscheidung. Die britische Regierung schützt computergestützten Hoch-

frequenzhandel, undurchsichtige Finanzprodukte und ausufernde Millionengehälter für antisoziale Zockerei. Wenn wir eine weitere Finanzkrise verhindern wollen, darf diese Politik nicht weiter in Europa grassieren.“

„Bei der Anhörung hatte Juncker versprochen, dass ein Kommissar

**INHALT****Seite 1**

- Kolumne
- Neue EU-Kommission

**Seite 2**

- Highlight Europafest
- Antikriegstag

**Seite 3**

- Bernd Lange ist Berichterstatter für TTIP
- Termine

**Seite 4**

- Diskussion mit Mehr Demokratie e.V.
- Neues aus Europa
- Impressum





verantwortlich für die Investitionsagenda in Europa sein werde, der einen politischen Kurswechsel hin zu mehr Wachstum und Investitionen vollzieht. Man muss sich fragen, wie Juncker seine Versprechen umsetzen will“, so Udo Bullmann.

„Zwar plant der neue Kommissionspräsident, den Franzosen Pierre Moscovici zum Wirtschaftskommissar zu ernennen - der bekommt allerdings gleich zwei austeritätsgläubige Bosse.“ Der Finne Jyrki Katainen stehe ihm als Vize-Präsident für Wachstum, Investitionen und Wettbewerb offenbar ebenso vor wie der Lette Valdis Dombrovskis.

„Juncker hat erklärt, dass er beim Thema Investitionen einen politischen Kurswechsel vollziehen will“, so Udo Bullmann. „Er muss uns jedoch jetzt erläutern, wie er ein engagiertes Programm für Wachstum und Arbeitsplätze in Europa mit ausgesprochenen Austeritätsbefürwortern zum Erfolg führen will.“

Einen Satz aus der Vorstellung von Junckers Team hebt Udo Bullmann hingegen hervor: „Ohne das Europaparlament geht nichts in den kommenden fünf Jahren, hat

Juncker ausgeführt. Daran werden wir ihn schon bei unseren baldigen Anhörungen der Kommissare erinnern.“ ■



*Einer der Höhepunkte des politischen Sommers in Hohenlohe: Evelyne traditionelles Europafest Mitte Juli in Künzelsau. Zu Gast waren dieses Mal unter anderen die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Dorothee Schlegel und Elke Ferner. Die Saarländerin Elke Ferner, zugleich Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin, erläuterte die gleichstellungspolitische Agenda der Bundesregierung.*

## Evelyne Gebhardt: „Kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen“

### Antikriegstag am 1. September in diesem Jahr von trauriger Aktualität

Am 1. September war Antikriegstag. Traurige Aktualität erhielt der Tag in diesem Jahr nicht nur durch das Gedenken an den Beginn zweier Weltkriege, sondern auch durch die vielen derzeit schwelenden kriegerischen Konflikte: von der Ukraine-Krise über den Nahost-Konflikt bis hin zu Libyen, Syrien und dem Irak.

„Wie dauerhafter Frieden geschaffen werden kann, zeigt das Beispiel Europas nach 1945“, betont die Hohenloher Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt. Demgegenüber sei es „absurd anzunehmen, mit militärischen Mitteln, mehr Waffen und kurzfristigem Agieren auf Dauer Probleme zu lösen“. Europa müsse sein friedens- und entwicklungspoli-

tisches Engagement – besonders in seinen Nachbarregionen – erheblich ausweiten und so dem Friedensnobelpreis von 2012 auch in seinen Außenbeziehungen gerecht werden, fordert Evelyne Gebhardt.

Zur Diskussion über die von der Bundesregierung beabsichtigten Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak erklärt die sozialdemokratische Europaabgeordnete: „Angesichts der beispiellosen Brutalität der sogenannten

IS-Terroristen, eines drohenden Völkermords und der Gefahr, dass diese weitere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen, befindet man sich als Gegnerin von Krieg und Waffengewalt in einem großen mo-

ralischen Dilemma“. „Könnte Unterstützung in Form von Waffenlieferungen in diesem Fall möglicherweise gerechtfertigt sein?“, fragt sich Gebhardt. Sie habe die Sorge, dass eine vornehmlich auf militärische Problemlösung zielende Logik wieder zunehmend Verbreitung und Akzeptanz finde. Hinzu komme, dass Waffen in falsche Hände geraten könnten.

Es reiche nicht, in Konflikte militärisch einzugreifen und danach zur Tagesordnung überzugehen. „Wir müssen kriegerischen Konflikten den Nährboden entziehen, indem wir die Entstehungsursachen bekämpfen“, so Evelyne Gebhardt. Nötig seien auf höchster Ebene vo-





rangetriebene politische Initiativen und langfristige Strategien zur Befriedung und nachhaltigen Entwicklung konfliktreicher Regionen. „Da geht es um Entwicklungspolitik, um die Förderung demokratischer

Strukturen und des Dialogs zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen, um wirtschaftliche Unterstützung und um gerechte Handelsbeziehungen“, ist die Sozialdemokratin überzeugt. ■

## Bernd Lange: „Das demokratische Gewissen der EU stärken“

### SPD-Europaabgeordneter federführend bei Handelsabkommen zwischen EU und USA

Bernd Lange ist zum laufenden Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ernannt worden. Damit wird der SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Handelsausschusses maßgeblich den Ton in der kontroversen Debatte um TTIP angeben. Das transatlantische Handelsabkommen ist eines der wichtigsten und umstrittensten Projekte dieser Wahlperiode im Handelsausschuss.

Bernd Lange: „Die EU-Kommission kann sich sicher sein, dass ich ihr als Berichterstatter ganz genau auf die Finger schauen werde. Schließlich sind wir im Europäischen Parlament das demokratische Gewissen der EU-Handelspolitik.“

Ein besonderes Anliegen ist dem Sozialdemokraten, mehr Transparenz während den Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu erwirken und die in Teilen aufgeheizte öffentliche Diskussion zu mehr Sachlichkeit zurückzuführen: „Die Menschen hegen berechtigte Sorgen, die wir im Parlament sehr ernst nehmen“, so Bernd Lange. „Mehr Transparenz ist dringend nötig, da ein Großteil der Verunsicherung auf Gerüchten oder Missverständnissen beruht. Ich möchte mit Verbraucherorganisationen, Bürgerbewegungen und allen weiteren Beteiligten eine sachliche Debatte führen, die auf Fakten basiert. Nur so können wir alle gemeinsam einen konstruktiven Beitrag leisten.“

Weitere Schwerpunkte, die Bernd Lange benennt: „Ich verstehe meinen Auftrag vor allem darin, die europäischen Verbraucherstandards und Arbeitsbedingungen zu verteidigen sowie die roten Linien des Parlaments gegenüber den Chefunterhändlern immer wieder zu betonen. Denn allen Chancen zum Trotz, die eine vertiefte Handelspartnerschaft auf beiden Seiten des Atlantiks bieten könnte, wird das Europäische Parlament nicht um jeden Preis dem Abkommen zustimmen.“

Das Europaparlament hat Ende Mai vergangenen Jahres in einer Resolution seine Positionen für ein Handelsabkommen mit den USA verabschiedet. So sind etwa weder die öffentliche Daseinsvorsorge, die hohen Verbraucher- und Umweltstandards in der EU noch kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen für das Parlament verhandelbar. Davon werden die Parlamentarier ihre Zustimmung abhängig machen, ohne die das Abkommen nicht in Kraft treten kann. Darüber hinaus lehnen die SPD-Europaabgeordneten außergerichtliche Streitschlichtungsverfahren (ISDS), wie insbesondere seitens der USA gefordert, strikt ab.

Bernd Lange: „Ein derartiger Investorenschutz, an dem vor allem US-Großkonzerne ein Interesse hegen, könnte die Regulierungshoheit der EU-Staaten in wichtigen Bereichen, wie etwa im Umwelt- und Verbraucherschutz, erheblich beeinträchti-

## TERMINE

### ■ 13. September 2014, 18.00 Uhr

**Was?** Brückenfest der SPD

**Wo?** Henkersbrücke, Schwäbisch Hall

### ■ 15. September 2014, 15.00 Uhr

**Was?** Besuchergruppe SPD Berghaupten

**Wo?** EP, Straßburg

### ■ 18. September 2014, 11.30 Uhr

**Was?** Besuchergruppe Dr. Dorothee Schlegel MdB

**Wo?** EP, Straßburg

### ■ 20. September 2014, 18.00 Uhr

**Was?** Podiumsdiskussion „Europa - unsere Zukunft“

**Wo?** Altes Rathaus, Bretten

### ■ 21. September 2014, 11.00 Uhr

**Was?** Treffpunkt Europa

**Wo?** Marktplatz, Bretten

### ■ 2. Oktober 2014, 14.00 Uhr

**Was?** KreislandFrauen SHA

**Wo?** Landkreis Schwäbisch Hall

### ■ 3. Oktober 2014, 14.00 Uhr

**Was?** Multikulti-Fest

**Wo?** Stadthalle, Lauda



gen. Weder ich noch meine SPD-Kollegen werden einen solchen Vorstoß mittragen.“ ■

*Evelyne diskutierte kürzlich mit Vertretern des Vereins Mehr Demokratie e.V. an deren Infostand in Schwäbisch Hall über TTIP.*

*„Arbeitnehmerrechte, ein hohes Verbraucherschutzniveau, strenge Umweltvorschriften und die Achtung hoher Datenschutzstandards sind für mich nicht verhandelbar! Zudem dürfen internationale Abkommen wie TTIP und CETA nicht Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushebeln.*

*Ganz klar: Einem Vertragswerk, das lange und hart erkämpfte Errungenschaften über Bord wirft und das noch dazu in völliger Intransparenz ausgehandelt wird, werde ich definitiv nicht zustimmen können“, machte Evelyne dabei deutlich.*



Foto: Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg

## NEUES AUS EUROPA

### MUTTERSCHUTZRICHTLINIE:

#### Kritik an Kommission und Mitgliedstaaten

Es sind beinahe vier Jahre vergangen, seit das Europäische Parlament im Oktober 2010 seinen Bericht zum Europäischen Mutterschutz verabschiedet hat. Seitdem blockieren die Mitgliedstaaten über den Ministerrat jede weitere legislative Entwicklung. Sie stemmen sich gegen die Verabschiedung dieses Gesetzesvorhabens, weil sie entweder den Mutterschaftsurlaub nicht auf 20 Wochen erhöhen wollen oder, weil sie dagegen sind, Müttern für diese Zeit das volle Gehalt zu zahlen.

Dabei ist der Bericht ein unerlässlicher Schritt für uns Frauen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Bisher müssen viele berufstätige Frauen europaweit noch immer allzu kurze Auszeiten aus dem Berufsleben in Kauf nehmen und bereits nach kürzester Zeit zurück an den Arbeitsplatz kehren. In der Aussprache des Europäischen Parlaments erwog die Europäische Kommission nun die Rücknahme des Vorschlags zur Europäischen Mutterschutzrichtlinie. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen fordern den Rat

dagegen auf, endlich Stellung zu beziehen und den besseren Schutz von Schwangeren, von Müttern und Neugeborenen zu gewährleisten. ■

Evelyne Gebhardt

### KOSTENLOSE SMARTPHONE-APP:

#### Verbraucherrechte für unterwegs

Gepäck beschädigt, nicht das versprochene Zimmer bekommen, verspäteter Rückflug - Probleme, die den Urlaub ganz schön vermiesen können. Gut, wenn man zumindest seine Rechte kennt. Das erleichtert

eine neue kostenlose App des Netzwerks der Europäischen Verbraucherzentren. Mehr Infos hier: [www.eu-verbraucher.de/de/verbraucherthemen/reisen-in-der-eu/reisen/die-ecc-net-travel-app/](http://www.eu-verbraucher.de/de/verbraucherthemen/reisen-in-der-eu/reisen/die-ecc-net-travel-app/) ■

## IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt  
und Frederick Wunderle

### Europabüro

Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 59122  
Fax: 07940 59144  
[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

### Europäisches Parlament

60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66  
[evelyne.gebhardt@ep.europa.eu](mailto:evelyne.gebhardt@ep.europa.eu)

Bild-Einklinker Kopfbereich:  
Copyright PHOTO © European Union